

**Neujahrsempfang des DGB-Landesverbandes Hamburg
am 14. Januar 2010 in Hamburg**

Hauptreferat

Sehr geehrter Herr Grund,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen im DGB-Landesverband Hamburg,

ich danke Ihnen für die Einladung und wünsche Ihnen allen zunächst nochmals ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2010.

Sowohl mit dem Bundesvorstand als auch mit den Landesverbänden des DGB verbindet uns im SoVD eine lange hervorragende Zusammenarbeit. Und dies gilt natürlich auch für den Landesverband Hamburg des DGB. Deshalb habe ich diese Aufgabe anlässlich Ihres heutigen Jahresempfangs sehr gern übernommen.

Das vor uns liegende neue Jahr 2010 ist aus vielen Gründen ein besonderes Jahr. Es wird das erste Jahr des politischen Wirkens der neuen Bundesregierung sein. Zugleich wird dieses Jahr im Zeichen der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stehen. Und nicht zuletzt ist 2010 das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Ein Auftrag, dem sich die neue Bundesregierung aktiv stellen muss, denn Armut und soziale Ausgrenzung sind leider auch in Deutschland wichtige Themen mit zunehmender Bedeutung.

Das Motto Ihres heutigen Empfangs lautet: „Sozialstaat Deutschland in Gefahr – Abschied von Solidarität und Gerechtigkeit“. Ich bin dankbar für diese Wortwahl, weil auch wir im SoVD davon überzeugt sind, dass der Sozialstaat Deutschland immer stärkeren Angriffen ausgesetzt ist, die manchmal offen, manchmal auch versteckt und subtil vorgetragen werden.

Lassen Sie mich deshalb gleich zu Beginn meiner Ausführungen, aber auch zu Beginn dieses Jahres feststellen, dass der in Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes verankerte Sozialstaat eine herausragende Errungenschaft ist. Der Sozialstaat steht für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und insbesondere Verteilungsgerechtigkeit. Der Sozialstaat strebt für alle Bevölkerungsgruppen Chancengleichheit an und ist damit Grundlage für einen umfassenden gesellschaftlichen Konsens und die Verwirkli-

chung einer solidarischen Bürgergesellschaft auf der Grundlage des sozialen und damit inneren Friedens.

Der Sozialstaat ist weder Anhängsel der Wirtschaftspolitik noch deren Kostgänger. Die sozialen Sicherungssysteme gefährden nicht den Wirtschaftsstandort Deutschland. Vielmehr setzt der Sozialstaat durch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine funktionierende Infrastruktur wesentliche positive Rahmenbedingungen gerade für Unternehmen und Betriebe. Damit hat der Sozialstaat entscheidend zum Erfolg der Deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten beigetragen. Bei allen künftigen Diskussionen darf dies nicht in Vergessenheit geraten.

Der massive Sozialabbau der vergangenen Jahre und immer stärkere Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme haben das Vertrauen der Menschen in den Sozialstaat und die Verlässlichkeit der sozialen Sicherung erschüttert.

In ihrer Regierungserklärung vom 10. November 2009 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel für die neue Bundesregierung die vorrangige Aufgabe festgelegt, das (ich zitiere) „Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat zu verbessern“.

Wir begrüßen diese Festlegung natürlich sehr, aber können wir ihr wirklich vertrauen angesichts der Inhalte des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und FDP, die wir jedenfalls im sozialpolitischen Bereich teilweise mit Bestürzung zur Kenntnis genommen haben?

Ein sozialpolitisch gerechtes Handeln der Bundesregierung in der neuen Legislaturperiode setzt zunächst die Erkenntnis voraus, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht die Verursacher, sondern in erster Linie die Opfer der Wirtschafts- und Finanzkrise sind. Vor allem muss bei allen weiteren Entscheidungen berücksichtigt werden, dass die Arbeitnehmer und Rentner in Deutschland seit Jahren sinkende Realeinkommen und dramatische Rentenniveauperluste hinnehmen mussten.

Die Lohn- und Einkommensentwicklung in Deutschland ist erschreckend, auch im europäischen Vergleich. Ebenso erschreckend ist die sich immer schneller öffnende Schere zwischen Arm und Reich. Aber mit besonderer Sorge erfüllt uns, dass Deutschland eine beispiellose Erosion des Arbeitsmarktes erlebt, mit einer starken Zunahme von Niedriglohnbeschäftigung, Minijobs und Dumpinglöhnen. Immer mehr

Menschen sind trotz Vollzeitbeschäftigung arm und von der wachsenden Armut in Deutschland sind Kinder und Jugendliche in besonderer Weise betroffen.

Auf Anfrage teilte die Bundesregierung noch im Dezember mit, dass die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in deutschen Betrieben zwischen Juni 1999 und Juni 2008 um 1,4 Millionen auf 22,4 Millionen abgenommen hat. Hatten 1998 noch fast dreiviertel der Erwerbstätigen ein normales Vollzeitarbeitsverhältnis, so waren es 10 Jahre später nur noch 66 Prozent.

Es muss eine vorrangige Aufgabe der neuen Bundesregierung sein, Minijobs, befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit zurückzudrängen, denn wir wissen alle: Aus Einkommensarmut entsteht Altersarmut.

Wenn die neue Bundesregierung wirklich das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat verbessern will, so ist hierfür eine erste Voraussetzung, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und auch würdevoll bei dieser Arbeit behandelt werden.

Wenn die neue Bundesregierung zu Recht als Handlungsziel die Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft benennt, dann darf nicht hingenommen werden, dass immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in prekäre bzw. atypische Erwerbsformen gedrängt werden. Vor nicht langer Zeit war in den Zeitungen von „Null-Euro-Jobbern“ zu lesen: „Null-Euro-Jobber“ sind Menschen, die ohne einen Cent Bezahlung als Einpackhilfen an Supermarktkassen arbeiten und nur von Trinkgeldern der Kunden leben. Solche Auswüchse eines unkontrollierten Niedriglohnssektors darf es nicht länger geben! So darf die Zukunft für unsere jungen Menschen oder auch für unsere alten Menschen, denen ihre Rente zum Leben nicht reicht, nicht aussehen.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir an die neue Bundesregierung, die Regelungen zu den Branchenmindestlöhnen unangetastet zu lassen und ihren Widerstand gegen einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn aufzugeben. Ein bundeseinheitlicher gesetzlicher Mindestlohn ist ebenso unverzichtbar wie die Einführung der bereits seit über 2 Jahren von den DGB-Gewerkschaften ausgehandelten tariflichen Mindestlöhne für die Leiharbeitnehmer. Insbesondere vor dem Hintergrund der vollen Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Dienstleistungen in der Europäischen Union ab dem Jahr 2011 ist ein gesetzlicher Mindestlohn Voraussetzung, um den Weg in eine immer stärkere Einkommensarmut zu stoppen.

Eine Gesellschaft, die einerseits Hungerlöhne und wachsende Armut hinnimmt und andererseits üppigste Managergehälter und exzessive Bonuszahlungen zulässt, ist in Gefahr, aus den Fugen zu geraten und die sie tragende Mitte zu verlieren. Wollen wir Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit für die Menschen verwirklichen und sichtbar machen, so muss dringend in zwei Richtungen gehandelt werden:

Die perversen Exzesse an den internationalen Finanzmärkten haben mehr als deutlich gezeigt: Rücksichtsloser Individualismus, kurzfristiges Renditestreben und maßlose Bonusmentalität haben die Manageretagen vieler Banken und Großkonzerne regiert und unser Land damit in eine tiefe Krise gestürzt. Ausgerechnet diejenigen, die stets nach mehr „Eigenverantwortung“ geschrien haben, erhalten nun Hilfen der Solidargemeinschaft in Form von Steuergeldern in Milliardenhöhe. Damit müsste jetzt jedem klar sein: Nicht unsere solidarischen Sicherungssysteme, sondern der grenzenlose Profit-Egoismus haben unser Land fast ruiniert.

Solidarität ist mehr als Eigenverantwortung. Solidarität ist Verantwortung für sich und für andere. Und wenn wir den Karren mit unseren Steuergeldern schon aus dem Dreck ziehen müssen, dann können wir von der Bundesregierung auch erwarten, dass dem Prinzip der Verteilungs- und Belastungsgerechtigkeit entsprochen wird. Es darf nicht sein, dass wieder nur die kleinen Leute für das Finanzmonopoly und Missmanagement bezahlen müssen. Wer mehr hat, muss auch mehr zur Bewältigung der Krise aufbringen. Und wer Schuld an der Krise hat, muss auch in erster Linie dafür grade stehen. Deshalb fordern wir die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, einer Vermögenssteuer und eine höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen bei gleichzeitiger Entlastung von Geringverdienenden.

Auf der anderen Seite brauchen wir mehr denn je eine aktive Arbeitsmarktpolitik, um der für dieses Jahr vorausgesagten steigenden Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu begegnen. Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen der wachsenden Armut in Deutschland, die zunehmend auch unsere Gesellschaft in Gewinner und Verlierer spaltet.

Der SoVD vermisst insoweit ein klares Bekenntnis der neuen Bundesregierung zur Überprüfung der Regelsätze mit dem Ziel, diese dauerhaft bedarfsgerecht auszugestalten und fortzuschreiben. Wir bedauern sehr, dass die Bereiche Kinderarmut und Einkommensarmut im Koalitionsvertrag nicht ausreichend berücksichtigt werden und

erhoffen uns hierzu noch klare Aussagen der neuen Bundesregierung im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

jeder Mensch hat Anspruch auf Schutz, Erhaltung und – im Krankheitsfall – bestmögliche Wiederherstellung der Gesundheit. Einer der wichtigsten Eckpfeiler unserer sozialstaatlichen Ordnung ist deshalb die solidarische gesetzliche Krankenversicherung. Für den ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung sichert die gesetzliche Krankenversicherung die notwendigen Leistungen und gewährleistet damit die Umsetzung dieses staatlichen sozialpolitischen Auftrages.

Die solidarische gesetzliche Krankenversicherung hat sich bewährt und muss mit dem Ziel fortentwickelt werden, ihre tragenden Grundsätze der Sachleistung, der Solidarität und der Beitragsparität zu stärken und die bestehenden Versorgungsstrukturen zu optimieren.

Bei allen weiteren Überlegungen muss nach unserer Auffassung berücksichtigt werden, dass die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung in der Vergangenheit immer stärker belastet worden sind. Diese Belastungen haben die Beitragsparität bereits erheblich zu Lasten der Patienten und Versicherten verschoben, jedoch strukturelle Wirkungen nicht erzeugen können.

Aus unserer Sozialberatungstätigkeit wissen wir, dass immer mehr finanziell schwache Personen wegen dieser Eigenbeteiligungen auf notwendige Versorgungsleistungen verzichten. Darüber hinaus ist bekannt, dass für viele Patienten und Versicherte der Zugang zu Gesundheitsleistungen nicht gesichert ist und diese oftmals keine rechtzeitigen Termine erhalten. Dies kann im Einzelfall dramatische Folgen haben und der Weg in eine Zwei- bzw. Mehrklassenmedizin wird immer sichtbarer.

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP enthält für den Bereich Gesundheit wesentliche mit den Forderungen des SoVD unvereinbare Weichenstellungen. Ich muss betonen, dass wir die aktuelle gesundheitspolitische Diskussion mit großer Sorge verfolgen. Wir sehen in den Vorschlägen der Koalition einen grundlegenden Umbau des Gesundheitssystems und die große Gefahr, dass Krankheit künftig noch stärker als bisher zu einem Armutsrisiko wird.

Wir lehnen die geplante Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags ebenso ab wie die verstärkte Einführung von privatversicherungsrechtlichen Elementen wie z.B. Wahltarife und Festzuschüsse in die gesetzliche Krankenversicherung. Auch kritisieren wir, dass durch die erleichterte Ermöglichung eines Wechsels gut Verdienender in die private Krankenversicherung die gesetzliche Krankenversicherung weiter geschwächt werden soll.

All diese Pläne, die durch eine Regierungskommission in diesem Jahr differenziert ausgearbeitet werden sollen, richten sich eindeutig gegen die Interessen der Patienten und Versicherten und bedeuten immer mehr eine Versorgung nach dem Prinzip: Gesundheit muss man sich leisten können. Die Einführung von einkommensunabhängigen Versichertenprämien sind für uns nichts anderes als die Einführung einer Kopfpauschale durch die Hintertür.

Die Bundesregierung muss ihre Pläne überdenken. Es kann nicht sein, dass alle künftigen Kostenrisiken allein den Patienten und Versicherten übertragen werden sollen. Es kann auch nicht sein, dass nur noch die Wirtschaftspotentiale eines wachsenden Gesundheitsmarktes gesehen werden und ein verantwortlicher Umgang mit den Ressourcen der gesetzlichen Krankenversicherung kaum noch eine Rolle spielen wird.

Auch wenn vor kurzem Bundesgesundheitsminister Rösler in einem Zeitungsinterview zugesagt hat, dass der bestehende Leistungskatalog erhalten bleibt, so spricht der Koalitionsvertrag eine andere Sprache, wenn hiernach Versicherte in der Zukunft die Möglichkeit haben sollen, ihren Krankenversicherungsschutz selbst gestalten zu können.

In einem Gespräch, das ich mit dem DGB-Bundesvorsitzenden Michael Sommer im letzten November führte, bestand Einigkeit, dass der von der schwarz-gelben Koalition eingeschlagene Weg in der Gesundheitspolitik nicht mitgetragen werden kann. Natürlich darf hierbei nicht vergessen werden, dass der erste falsche Schritt schon unter der Großen Koalition mit der Einführung des Gesundheitsfonds vollzogen worden ist.

Mit unseren Bündnispartnern in den Gewerkschaften und anderen Sozialverbänden werden wir uns schwerpunktmäßig 2010 dafür einsetzen, dass die Prinzipien der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung nicht weiter ausgehöhlt werden. Alle

Bemühungen zur Fortentwicklung des Gesundheitssystems in der Bundesrepublik müssen darauf abzielen, für alle Bürgerinnen und Bürger eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung auf der Grundlage gleicher Zugangsvoraussetzungen zu schaffen.

Bereits 2005 hatte der SoVD seine Konzeption für eine Bürgerversicherung vorgelegt. Soweit am Bestehen der privaten Krankenversicherung festgehalten wird, muss diese nach unserer Auffassung in vollem Umfang in den Risikostrukturausgleich einbezogen werden. Ebenso ist es erforderlich, die Unterschiede in der Honorierung von Leistungen für gesetzlich und privat Versicherte endlich zu beseitigen. Nur auf diese Weise ist eine immer stärkere Zwei- bzw. Mehrklassenmedizin zu verhindern.

Im November letzten Jahres hat der SoVD – aufbauend auf bereits bestehenden Veröffentlichungen – sein aktuelles Positionspapier zur Stärkung der sozialen Krankenversicherung vorgelegt. Nach unserer Auffassung ist es nun endlich Zeit, nicht immer wieder und immer stärker die Patienten und Versicherten zu belasten, sondern es ist erforderlich, jetzt verstärkt die Leistungserbringer und hier ins-besondere die pharmazeutische Industrie in den Blick zu nehmen. In Übereinstimmung mit dem Spitzenverband Bund der gesetzlichen Krankenversicherung sehen wir hier vielfältige Möglichkeiten für einen sparsameren Umgang mit den finanziellen Ressourcen der Krankenversicherung.

Wir wollen keine Entsolidarisierung mit chronisch kranken, behinderten und pflegebedürftigen Menschen und wir wollen keine Gesellschaft, die es zulässt, dass man sozial schwächere Personen am Zustand ihrer Zähne erkennt. „Wenn du arm bist, musst du früher sterben“: Dieser Satz darf im Sozialstaat Deutschland und in einem der reichsten Länder der Erde keine Bedeutung erlangen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in der Pflegepolitik stehen wir vor harten Auseinandersetzungen. Denn die neue Bundesregierung will neben der umlagefinanzierten Pflegeversicherung eine individuell verpflichtende kapitalgedeckte Zusatzvorsorge einführen. Einen solchen „Pflege-Riester“ lehnen wir ebenfalls mit Entschiedenheit ab. Wir wollen nicht, dass nun auch die Pflegekosten zunehmend allein auf die Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner verlagert werden. Wir wollen

nicht, dass ausgerechnet die Absicherung des Pflegerisikos den internationalen Kapitalmärkten überlassen wird.

Auch in der Pflegeversicherung müssen die Grundsätze der Beitragsparität und der Umlagefinanzierung erhalten bleiben und zwar ohne Wenn und Aber. Es muss eingesehen werden, dass den Bürgerinnen und Bürgern bei sinkenden Realeinkommen und dramatischen Rentenniveauverlusten keine weiteren einseitigen Belastungen in Form von privaten Pflichtversicherungen zugemutet werden können.

Die gesetzliche Pflegeversicherung wird auch dauerhaft finanzierbar bleiben, wenn wir den Mut haben, neue Wege zu gehen. Es entspricht nicht dem Willen der Menschen mit Pflegebedarf, dass immer mehr Großpflegeheime entstehen. Sie wollen – wie alle Menschen – zu Hause und in privater Atmosphäre selbstbestimmt leben. Deswegen brauchen wir ein klares Bekenntnis der Politik zum Ausbau und zur Stärkung der häuslichen Pflege und alternativer Wohnformen. Auch im Hinblick auf die langfristige Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung bedarf es zudem durchgreifender Schritte zur Stärkung der Prävention und zur Umsetzung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Pflege“.

Wir begrüßen die Äußerung in der Koalitionsvereinbarung, dass die Berufsbildung in der Altenpflege attraktiver gestaltet werden soll. Schon seit langem fordert der SoVD eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie eine angemessene Vergütung für Pflegekräfte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist eine ständig verpflichtende Aufgabe eines funktionierenden Sozialstaats, für behinderte Menschen Chancengleichheit und Teilhabe zu gewährleisten. Die von Deutschland unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention setzt hier neue Maßstäbe für sozialstaatliches Handeln. Der der Konvention innewohnende Gedanke der Inklusion – also die vollständige Einbeziehung behinderter Menschen in die Gesellschaft von Anfang an – muss zum Leitprinzip politischen und gesellschaftlichen Handelns werden.

Das deutsche Bildungssystem ist von Inklusion noch weit entfernt. Es grenzt behinderte Kinder im großen Maße aus. Weit über 80 Prozent der behinderten Kinder lernen nicht an Regelschulen, sondern werden auf Sonderschulen verwiesen. Damit ist Deutschland trauriges Schlusslicht im europäischen Vergleich.

Als SoVD setzen wir uns dafür ein, dass Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen können – miteinander und voneinander. Wir wollen, dass Schule die Vielfalt und Individualität der Kinder anerkennt und wertschätzt. Der SoVD hat einen umfassenden Forderungskatalog für eine inklusive Bildung vorgelegt und wir hoffen, dass diese Forderungen in einem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention berücksichtigt werden, den die Bundesregierung vorlegen will und auch vorlegen muss.

Eine möglichst qualifizierte Schul- und Berufsausbildung – meine sehr geehrten Damen und Herren – ist beste Voraussetzung für eine spätere dauerhafte berufliche und damit gesellschaftliche Integration.

Behinderte Menschen sind von Arbeitslosigkeit in besonderer Weise bedroht bzw. betroffen. Deswegen benötigen wir gerade für diesen Personenkreis eine aktive Arbeitsmarktpolitik und die offensive Nutzung des bestehenden Förderinstrumentariums.

In diesem Zusammenhang sehen wir mit Sorge auf die äußerst schwierige finanzielle Situation der Bundesagentur für Arbeit. Keinesfalls dürfen die Leistungen im Bereich der beruflichen Teilhabe behinderter Menschen eingeschränkt werden. Auch muss bei weiteren Überlegungen berücksichtigt werden, dass die desolate Finanzsituation durch eine ausschließlich beitragsorientierte Politik zum Teil selbst verschuldet ist. Wir halten es daher für unverzichtbar, dass nicht nur im nächsten Jahr, sondern dauerhaft eine Defizithaftung des Bundes gegenüber der Bundesagentur für Arbeit verankert werden muss. Darüber hinaus appellieren wir an die öffentlichen, aber natürlich besonders an die privaten Arbeitgeber, ihrer gesetzlichen Pflicht zur Ausbildung und Beschäftigung behinderter Menschen mehr als bisher nachzukommen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Rentenpolitik ist aus dem Koalitionsvertrag kaum ersichtlich, wohin die Reise geht. Immerhin stellt die schwarz-gelbe Koalition darin fest, dass die Rente kein Almosen ist. Auch ist die Feststellung im Grundsatz zu befürworten, dass nach langjähriger Berufstätigkeit ein Anspruch auf eine „gute Rente“ besteht. Nach unserer Auffassung bedarf dieser Begriff dringend der Konkretisierung und wir fordern seit langem die Politik auf, ein dauerhaftes verlässliches und angemessenes Sicherungsniveau für die gesetzliche Rentenversicherung festzulegen.

Der Gefahr einer steigenden Altersarmut will die Koalition durch den Ausbau der privaten und betrieblichen Altersvorsorge insbesondere für Geringverdiener begegnen. Dies kann schon deswegen nicht gelingen, weil gerade Niedriglohnbeziehenden und Langzeitarbeitslosen in aller Regel die notwendige Sparfähigkeit für eine ausreichende Zusatzvorsorge im Alter fehlt.

Tatsache ist, dass die Renten allein in den letzten fünf Jahren um mehr als 10 Prozent an Kaufkraft verloren haben. Die Renten haben selbst nach geschlossenen Versicherungsverläufen eine Höhe erreicht, die keine weiteren Kürzungen mehr zulässt. Die Zahl der hilfebedürftigen Rentner ist seit Einführung der Grundsicherung vor sechs Jahren um fast 70 Prozent gestiegen. Eine besonders dramatische Entwicklung zeichnet sich auch bei den Erwerbsminderungsrenten ab: Hier sind die Auszahlungsbeträge der Renten in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gesunken; viele Erwerbsminderungsrenten erreichen heute nicht einmal mehr das Sozialhilfeniveau.

Vor diesem Hintergrund bestreitet niemand mehr, dass die Altersarmut in den nächsten Jahren rasant steigen wird. Eine der zentralen Ursachen liegt ohne Zweifel in den Rentenkürzungen der vergangenen Jahre und der beschlossenen langfristigen Absenkung des Rentenniveaus. Eine weitere Ursache liegt darin, dass viele Beschäftigte schon heute geringere Rentenansprüche erwerben. Gründe hierfür sind vor allem individuelle Risikofaktoren wie Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglohnbeschäftigung oder sozialversicherungsfreie Erwerbsformen. Ein gefährlicher „Armutscoktail“ ergibt sich aber erst aus dem Zusammenwirken dieser individuellen Risikofaktoren mit den Rentenkürzungen und dem sinkenden Rentenniveau.

Wenn wir die Altersarmut von morgen verhindern wollen, dann muss heute gehandelt werden. Doch die Fehler der Vergangenheit dürfen wir nicht wiederholen: Es darf keinen weiteren Abbau und keine weitere Privatisierung unseres Rentensystems geben. Wer Solidarität fordert, muss die solidarischen Sicherungssysteme stärken und insoweit wiederholen wir unsere Forderung, die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

Die neue Bundesregierung muss rasch handeln, um den weiteren Wertverfall bei den Renten zu stoppen. Erforderlich ist ein umfassendes Konzept für eine Mindestsicherung in der Rente und wir haben hierzu vielfältige Vorschläge vorgelegt. Darüber hinaus brauchen wir lohnorientierte Rentenanpassungen mit Inflationsschutz und auch hier können wir auf unsere konkreten Vorschläge verweisen. Und wir sagen: Finger

weg von der Rentenschutzklausel, die die schwarz-rote Bundesregierung kurz vor den Wahlen endlich auf den Weg gebracht hat.

Für die weitere öffentliche Diskussion um die Rente mit 67 haben sich der DGB und die Sozialverbände gut gerüstet: Im Netzwerk für eine gerechte Rente haben wir drei Monitoring-Berichte zur Rente mit 67 herausgegeben. Diese Monitoring-Berichte zeigen eindeutig: Die Rente mit 67 ist mit der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht vereinbar. Schon deshalb kann es nur eine Antwort geben: Die Rente mit 67 ist unsozial und muss wieder weg! Und das gleiche gilt für die Kürzungsfaktoren in der Rente und die versicherungsmathematischen Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten.

Gemeinsam mit dem DGB bekennen wir uns zum System der lohn- und beitragsbezogenen Rentenversicherung. Dieses System hat sich über viele Jahrzehnte hinweg außerordentlich bewährt und wird dies auch in Zukunft tun, wenn mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik mehr sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit geschaffen wird und der Bund seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Rentenversicherung in vollem Umfang dauerhaft erfüllt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich abschließend folgendes Fazit ziehen:

Der Sozialstaat ist weder Anhängsel der Wirtschaftspolitik noch deren Kostgänger. In einer sozialen Marktwirtschaft ist die Aufgabe des Sozialstaats nicht auf die Rolle des Reparaturbetriebes einer freien Wirtschaftsordnung beschränkt. In einem funktionierenden Sozialstaat ist wirtschaftlicher Erfolg untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand für seine Bürgerinnen und Bürger verbunden, die diesen Erfolg mit ihrer Leistungskraft und Einsatzbereitschaft maßgeblich erwirtschaftet haben.

Verantwortliches sozialstaatliches Handeln muss im Interesse der Integration aller Menschen darauf gerichtet sein, den gemeinschaftlichen Grundkonsens über solidarische gesellschaftliche Werte zu gestalten und fortzuentwickeln.

Unser Sozialstaat ist ein Erfolgsmodell in dem Ziel, ein Höchstmaß an Solidarität und sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen. Er darf es nicht zulassen, dass Armut in Deutschland wächst. Wachsende Armut einerseits und maßloser Reichtum andererseits sind mit seinen integrativen Zielen unvereinbar. Dies gilt auch für Lohndumping

und eine zunehmende Privatisierung sozialer Risiken, denn die großen solidarischen Sozialversicherungssysteme waren und sind zu Recht die Stützpfeiler des Sozialstaats. Kann dieser menschenwürdige Arbeit und einen angemessenen Schutz vor gesundheitlichen Risiken und vor Altersarmut nicht gewährleisten, gerät er in Gefahr.

Der Sozialstaat ist Garant für Chancengleichheit, Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit. Er darf nicht zu einer leeren Worthülse verkommen, sondern muss ständig neu mit Leben erfüllt werden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, dass ein ungezügelter freier Wettbewerb keine Alternative zu einer sozialstaatlichen Ordnung darstellt, in der soziale Risiken solidarisch abgesichert sind.

Eine produktive und erfolgreiche Wirtschaft ist Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum. Aber nicht Märkte und Aktiengewinne, sondern die Menschen stehen im Mittelpunkt aller Überlegungen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung betont, dass sie mit dem Leitbild „Freiheit in Verantwortung“ Deutschland zu neuer Stärke führen will. Aber an dieser neuen Stärke müssen zuerst und vorrangig die Menschen teilhaben. Wir haben kein Verständnis für Steuergeschenke an Hotelbetriebe.

Natürlich sind die Gewerkschaften und Sozialverbände zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung bereit. Aber gemeinsam werden wir auch dafür eintreten, dass alle künftigen politischen Entscheidungen von dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit und Solidarität geprägt sind. Solidarität statt Ellenbogenmentalität! Sozialer Frieden statt Spaltung der Gesellschaft!

Ich danke Ihnen.